

Ja, wir können auch anders!

Soziale Unruhe produktiv machen, damit sich die Verhältnisse ändern!
Aufruf zum Sozialprotestblock auf der DGB-Demonstration am 16. Mai

Der Europäische Gewerkschaftsbund und der DGB ...

rufen auf zu "European Days of Action". In Madrid, Brüssel, Prag und Berlin wird es in den Tagen vom Do, 14. Mai bis Samstag, 16. Mai Demonstrationen für eine nachhaltige Bekämpfung der Krise des globalisierten Kapitalismus durch soziale Grundrechte und gegen ein "Weiter so" dieses "Kasino-Kapitalismus" geben.

Schwindende Macht in der Erwerbsarbeit hat viel mit der geschaffenen Ohnmacht der Erwerbslosen zu tun.

Hartz I bis IV war die Voraussetzung, damit in der Bundesrepublik ein bisher nicht denkbarer Niedriglohnsektor entstehen konnte, selbst tariflich ausgehandelte Löhne in einigen Branchen nicht mehr zum täglichen Überleben der Familien reichen und in ganzen Regionen die alten "Normalarbeitsverhältnisse" eben nicht mehr die gesellschaftliche Normalität bestimmen.

Die Sozialproteste von 2004 ...

haben die politische Geographie in dieser Republik verändert, aber nicht die nationale Standort-Politik, die die realen Lohneinkommen gesenkt, die Arbeitszeiten erhöht und die sozialen Grundrechte von Erwerbslosen eingeschränkt hat.

Ja, diese Krise kann zu "sozialer Unruhe" führen. Ja, ohne "soziale Unruhe" werden sich keine Verhältnisse wandeln. Soziale Unruhen können aber auch in autoritären Lösungen enden, die mit Sicherheit mehr Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft ausschließen.

Alles muss man selber machen!

Sozialer Fortschritt wird nicht geschenkt und wird auch nicht allein durch ein Wahlkreuz bewirkt. Respekt entsteht dann, wenn sich Erwerbslose solidarisch gegenseitig begleiten, um ihre Rechte durchzusetzen. Solidarität ist dann in betrieblichen Konflikten erfolgreich und nachhaltig, wenn die Kollegen gemeinsam für ihre Interessen eintreten und damit in ihren Organisationen ernst genommen werden. Soziale Widerständigkeit muss im Alltag stattfinden und nicht nur auf den Demonstrationen gefordert werden.

Soziale Sicherheit durchsetzen, Arbeitszeiten verkürzen und umverteilen!

Sozialleistungen sind allem Anschein nach nicht "systemrelevant", sondern für den nationalen Wettbewerbsstaat ein negativer "Kostenfaktor" im globalisierten Kapitalismus. Ohne erkämpfte soziale Rechte gibt es keine Demokratie! Das "Krisen-Management" der Bundesregierung schafft parlamentarische und öffentliche Kontrolle ab und setzt eine noch nie gekannte Umverteilung öffentlicher Gelder in die privatwirtschaftliche Finanz- und Exportindustrie in Gang, die die abhängig Beschäftigten finanzieren werden. Kommunen und gerade Menschen in prekären Lebenslagen werden die Leidtragenden der Leistungskürzungen sein, die eine "Schuldenbremse" als Verfassungsgebot erzeugen wird.

Das Mindeste, was ArbeitnehmerInnen und Hartz-IV-BezieherInnen jetzt erwarten:

- den AlgII-Eckregelsatz auf mindestens 500 € zu erhöhen,
- statt staatlich finanzierter Kurzarbeit eine 30 Stunden-Normalarbeitswoche und
- einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 10 € einzuführen, von dem Mann und Frau leben können.

Ein solcher Sozialpakt entsteht nicht in Hinterzimmergesprächen, sondern nur in sozialen und solidarischen Auseinandersetzungen im Betrieb, im eigenen Viertel, im JobCenter und auf der Straße, wie am 16. Mai im Sozialprotestblock auf der DGB-Demonstration!

Sozialprotestblock auf der DGB-Demo am 16. Mai in Berlin

eigener Treffpunkt: 10:30 Nähe Sozialgericht, Invalidenstraße, Ecke Heidestraße/Friedrich-List-Ufer

ab 11:30 Auftaktkundgebung Washingtonplatz auf der Nordseite des Hauptbahnhofs

ab 12.30 Uhr: Hauptkundgebung zwischen S-Bahnhof Tiergarten und Siegessäule

Aufrufende: BAG Prekäre Lebenslagen, Erwerbslosen Forum Deutschland, Euromarsch Deutschland, internationale sozialistische linke, Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne, Soziale Bewegung Land Brandenburg, Tacheles e.V., Aktionsbündnis Sozialproteste